NIEDERSCHRIFT HFA/006/2010

über die Sitzung **des Haupt- und Finanzausschusses** am 21.09.2010 im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Herr Günther Fehmer	
Herr Florian Heuermann	
Herr Ludger Kleideiter	
Herr Dr. Wolfgang Meyring	
Frau Brigitte Mollenhauer	
Frau Sarah Bosse-Berger	Vertretung für Herrn Jürgen Brunn
Herr Hans-Jürgen Dittrich	
Herr Hans-Joachim Spengler	Vertretung für Herrn Thomas Tauber
Herr Ulrich Schlieker	
Herr Hubert Maas	

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NW:

Herr Helmut Geuking

Von der Verwaltung:

Herr Peter Melzner	
Herr Hubertus Messing	
Herr Gerd Mollenhauer	
Herr Martin Struffert	
Frau Birgit Freickmann	Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:00 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Sachstandsbericht zum SGB II/Entfristung

Herr Struffert berichtet anhand der Sitzungsvorlage über die Entfristung des Optionsmodells. Er führt aus, dass in der näheren Umgebung die

Kreise Borken und Steinfurt neben dem Kreis Coesfeld bereits Optionskommunen seien. Die Kreise Warendorf und Recklinghausen und die Stadt Münster beabsichtigten ebenfalls einen Antrag auf Optionierung zu stellen. Sollte es hierzu kommen, hätte man ein starkes Münsterland. Vielleicht eröffneten sich dadurch auch Tore beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales.
Bzgl. der weiteren Planung müsse zunächst abgewartet werden, welche Gesetzesänderungen nunmehr von der Bundesregierung beschlossen werden. Ein Punkt werde die Neubemessung der Regelsätze sein. Im Sanktionsbereich solle es ebenfalls Änderungen geben. Zudem solle der befristete Zuschlag zum Arbeitslosengeld entfallen.
Ein weiterer Punkt seien die Verhandlungen bzgl. der Erstattung der Sach- und Personalkosten mit dem Kreis. In der Vergangenheit habe es hier keine Probleme gegeben. Die Erstattung sei stets auskömmlich gewesen. Seitens der kreisangehörigen Kommunen werde bei der Bemessung der Personalkosten Wert auf eine vernünftige Personalausstattung im Verhältnis zu den Kundenzahlen gelegt. Er gehe davon aus, dass dies gelingen werde, weil der Kreis signalisiert habe, die Aufgaben auf Augenhöhe mit den Kommunen wahrnehmen zu wollen.
Des Weiteren werde angestrebt, eine einheitliche Leistungs- und Fallmanagement-Software einzuführen. Darüber hinaus werde weiterhin ein Augenmerk auf Eingliederungsleistungen gelegt.

Herr Fehmer fragt nach, ob die auskömmliche Finanzierung bzgl. der Personal- und Sachkosten für die nachfolgende Zeit gesichert sei oder mit Änderungen zu rechnen sei.

Gesichert sei dies nicht, so Herr Struffert. In den letzten Jahren habe man sich aber immer einvernehmlich geeinigt und er rechne damit, dass es auch in Zukunft auskömmlich sein wird.

Vor dem Hintergrund, dass es im Bereich der Personal- und Sachkosten um ein Durchreichen von Bundesmitteln gehe, äußert Herr Fehmer die Sorge, dass es aufgrund der knappen Finanzmittel nach der Entfristung Probleme geben könnte. Er wirft die Frage auf, ob es nicht Sinn mache einen Riegel vorzuschieben und deutlich zu machen, dass die Aufgaben nicht mehr wahrgenommen werden, falls die Auskömmlichkeit nicht gegeben sei.

Herr Struffert führt aus, dass der Bund selber den Fallmanagementschlüssel bereits angepasst habe. Der Bund sehe den Bedarf für eine intensive Betreuung vor Ort. Insofern sei man auch zukünftig auf der sicheren Seite. Wenn sich herausstellen sollte, dass die Finanzierung nicht mehr auskömmlich sei, hätten die kreisangehörigen Kommunen sowieso schlechte Karten, weil es ausschließlich Angelegenheit des Kreises sei sich für oder gegen die Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II auszusprechen.

Frau Dirks ergänzt, dass dem Kreis gegenüber deutlich gemacht worden sei, dass eine weitere Zusammenarbeit auf Augenhöhe erwartet werde. Verwaltungsseitig sei für heute kein Beschlussvorschlag unterbreitet wor-

den, weil davon ausgegangen werde, dass der Kreis die Aufgaben nur weiter übernehme, wenn die Finanzierung auskömmlich ist. Ein Beschluss könnte nur deklaratorischen Charakter haben, weil der Kreis zuständig sei.

Frau Mollenhauer meint, dass gegenüber dem Kreis von vornherein deutlich gemacht werden sollte, dass die Aufgabenwahrnehmung durch die Kommune nur möglich sei, wenn die Finanzierung auskömmlich sei.

Herr Dittrich und Herr Schlieker sprechen sich dafür aus, einen deklaratorischen Beschluss zu fassen.

Der HFA fasst folgenden deklaratorischen

Beschluss:
Die Entfristung der Option wird ausdrücklich begrüßt. Die auskömmliche Finanzierung der Personal- und Sachkosten ist auch weiterhin durch den Kreis zu gewährleisten.

Stimmabgabe: einstimmig

2. Ausschüttung aus dem Jahresüberschuss 2009 der Sparkasse Westmünsterland

Nach kurzer Erörterung fasst der HFA folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:
Der Anteilsbetrag der Stadt Billerbeck an der Ausschüttung des Jahresüberschusses 2009 der Sparkasse Westmünsterland von 17.606,18 € wird für die bereits im Haushalt vorgesehenen gemeinwohlorientierten Aufgaben verwendet.

Stimmabgabe: einstimmig

3. Finanzzwischenbericht, Stand: September 2010

Herr Melzner erläutert die wesentlichen Daten des Finanzzwischenberichtes und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder hierzu.

Auf Nachfrage von Herrn Dittrich zu den enormen Mehrkosten für die elektrische Energie im Freibad führt Herr Mollenhauer aus, dass im Mai und August aufgrund der niedrigen Temperaturen das Wasser teuer aufgeheizt werden musste.

Frau Dirks kündigt an, in der nächsten HFA-Sitzung eine Gesamtkostenabrechnung vorzulegen und Einsparungsvorschläge zu unterbreiten. Die Standards müssten zurückgefahren werden, weil die erheblichen Kosten im Hinblick auf die knappen Finanzmittel nicht mehr zu rechtfertigen seien.

Frau Mollenhauer gibt zu bedenken, dass man das Freibad teuer saniert

habe und es nun auch betreiben müsse. Die Mehrkosten in Höhe von 12.000,-- € seien aber erheblich. Vielleicht sollte z. B. das Becken nachts abgedeckt werden, damit die Wassertemperatur gehalten werden könne. Frau Dirks merkt an, dass verwaltungsseitig entsprechende Vorschläge unterbreitet werden.

Herr Fehmer bittet die Verwaltung, in der Kostenaufstellung auch das Jahr vor der Sanierung zu berücksichtigen.

Herr Fehmer erkundigt sich, ob die durch den Chlorgasunfall entstandenen Mehrkosten für die Chemie und die Reinigung erstattet werden. Herr Mollenhauer teilt mit, dass die entstandenen Kosten geltend gemacht, aber noch nicht erstattet wurden.

Frau Dirks informiert darüber, dass die bisherige halbe Stelle für die Stadtpflege zum 1. Oktober 2010 wegfalle, da der Mitarbeiter in den vorzeitigen Ruhestand trete.

Der HFA fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:
Der vorstehende Finanzzwischenbericht 2010 wird zur Kenntnis genommen.

Die Zustimmung zu den im Finanzzwischenbericht beantragten überplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen in Höhe von insgesamt 15.500,00 € wird erteilt.

Stimmabgabe: einstimmig

4. Entsperrung von Haushaltsmitteln

Nach kurzer Erörterung fasst der HFA folgenden

Beschluss:
Die beantragte Entsperrung von Haushaltsmitteln in Höhe von insgesamt 37.200,00 € wird beschlossen.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Mitteilungen

5.1. "Unsere Stadt blüht auf" - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer teilt mit, dass inzwischen die Bewertung der Jury vorliege und diese der Niederschrift beigefügt werde **(Anlage 1).**

5.2. Baumspende - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer teilt mit, dass der Verband Garten-, Landschafts-, Sportplatzbau NRW der Stadt Billerbeck als Gewinnerin der Goldmedaille beim Wettbewerb „Unsere Stadt blüht auf“ einen Baum im Wert von 2.500,-- € spende. Er schlage vor, den Baum in der Mitte des Kreisverkehrs Darfelder Straße oder an der Hauptschule zu pflanzen.

Herr Fehmer äußert Bedenken, wenn ein so teurer Baum im Bereich des Kreisels gepflanzt würde und schlägt vor, den Baum im Bereich der Hauptschule zu pflanzen.

6. Anfragen

6.1. Neuer Sitzungskalender - Herr Fehmer

Herr Fehmer erkundigt sich nach dem neuen Sitzungskalender.
Herr Messing teilt mit, dass er den Fraktionsvorsitzenden gleich einen Entwurf aushändigen werde.

6.2. Streusalzvorräte am Bauhof - Herr Schlieker, Herr Kleideiter

Herr Schlieker führt aus, dass einige Kommunen für den kommenden Winter riesige Vorräte angelegt hätten und erkundigt sich, wie sich Billerbeck verhalte.
Herr Mollenhauer teilt mit, dass die Lagerkapazitäten am Bauhof Billerbeck begrenzt seien und deshalb in Absprache mit der Gemeinde Nottuln voraussichtlich Streusalz für Billerbeck in Nottuln zwischen gelagert werde. Dort stünden ausreichend Lagerflächen zur Verfügung.
Frau Dirks weist ergänzend darauf hin, dass es im letzten strengen Winter anders als in anderen Kommunen in Billerbeck keine Engpässe beim Streusalz gegeben habe.

Herr Kleideiter erkundigt sich nach der Umweltverträglichkeit des Streusalzes und nach Alternativen.
Herr Mollenhauer erläutert, dass im Innenstadtbereich vornehmlich abstumpfende Mittel verwandt würden, es allerdings Bereiche gebe, wo das nicht möglich sei. Außerdem gebe es Studien, wonach das Streuen von Splitt schädlicher sein soll als das Streuen von Salz. Zudem sei zu bedenken, dass Splitt bei Tauwetter in die Kanalisation gespült und beim Überfahren sofort in den Schnee eingedrückt werde.

6.3. Geflügelausstellung - Herr Spengler

Herr Spengler erkundigt sich, ob die diesjährige Geflügelausstellung wieder in der Ludgeri-Turnhalle stattfinde. Mehrere Bürger hätten ihn darauf hingewiesen, dass es nicht zumutbar wäre, in der Woche danach dort Sport zu treiben.

Herr Messing entgegnet, dass alles abgehangen und abgeklebt werde, damit keine Milbenrückstände verbleiben. Des Weiteren seien die Gespräche mit Gastronomen bzgl. alternativer Standorte noch einmal intensiviert worden, jedoch ohne Erfolg.

Frau Dirks fügt an, dass es zwar Bürger gebe, die Bedenken hätten; auf der anderen Seite aber Eltern und Lehrer die Ausstellung auch als Erlebnis für die Kinder sähen.

Marion Dirks	Birgit Freickmann
Bürgermeisterin	Schriftführerin